

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 07/2022 ★ 30. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Juli 2022

Resümee

der 8. Vertreterversammlung von ISOR e.V. Von Achim Bonatz, Mitglied des Vorstandes

Am 15. Juni fand die Vertreterversammlung der Delegierten der TIG von ISOR e.V. statt.

Die Rechenschaftsberichte von Horst Parton zur Arbeit von ISOR, Hans-Peter Speck zu den Finanzen und Peter Alf zur Ordnungsmäßigkeit der Finanzarbeit des Vereins zeigten, wir haben in den zurückliegenden Jahren der

se unserer Arbeit als soziales Korrektiv.

Beispielhaft erwähne ich den Beitrag von Dietmar Polster. Als Gewerkschaftler zeigte er den Kampf um gerechte Anerkennung der Lebensleistungen der Ostdeutschen im Rahmen des Runden Tisches. Hier fanden alle diejenigen eine Stimme, denen rentenrechtlich zustehende



Der gewählte Vorstand. obere Reihe: Lothar Schlüter, Horst Parton, Hartmut Schuchardt, Herbert Kranz (verdeckt)

Untere Reihe: Horst Eismann, Peter Ott, Wolfgang Schmidt, Bernd Lindner, Ulrich Thorwirth, Hans-Peter Speck, Joachim Bonatz, Horst Bischoff

Es fehlen: Dieter Wittstock, Manfred Jonischkies

Foto A. Mewes

vergangenen Wahlperiode es erneut verstanden, uns den neuen Herausforderungen anzupassen und eine solide Arbeit zu leisten. Es wurden auch kritisch noch zu lösende Fragen offen angesprochen und in der Entschliebung formuliert sowie als Gedanken für die zu erarbeitende Führungskonzeption durch die Redaktionskommission gesammelt.

Im Grußwort von RA Hans Bauer wurden stellvertretend für alle Verbände des OKV die Ergebnisse der Arbeit von ISOR im sozialen Wirken aber auch im Verbund des politischen Wirkens mit den 27 Verbänden des OKV e.V. hervorgehoben.

Die Veranstaltung war geprägt durch eine lebhaft, vielschichtige Diskussion, die alle uns bewegende Fragen einbezog.

Jeder Redebeitrag gab wichtige Impulse und verarbeitete auch die bisherigen Ergebnis-

Leistungen mit dem Einigungsprozess nicht gewährt wurden.

Er schilderte den Verlauf über die Jahre und den Erfolg des Zugeständnisses der Defizite durch die Einrichtung eines Härtefallfonds. Doch dieser Staat dachte erneut nicht daran, den ostdeutschen rentenrechtlich Benachteiligten etwas zukommen zu lassen.

Mit dem Trick des „Härtefallfonds“, in dem nun auch Spätaussiedler und viele andere, die nichts mit dem Einigungsvertrag zu tun haben, einbezogen wurden, versucht der Staat, die Diskussion zu den Defiziten des Einigungsprozesse ein für alle Mal abgeschlossen zu haben. Er hat die Bedingungen für Zahlungen aus dem Härtefallfonds so gestellt, dass so gut wie kein Ostdeutscher in den Genuss von Leistungen kommt, im Gegensatz zu den anderen einbezogenen Gruppen.



Wir können heute keinen Blick mehr auf die Ereignisse des Jahres 1941 werfen, ohne die der Gegenwart mit einzubeziehen, und die wichtigste Lektion von damals ist, jenen verbündet zu bleiben, die gegen den Faschismus kämpften, und selbst nicht aufzugeben. Gleich, wie sich die Verhältnisse hier noch entwickeln.

(Liane Kilinc zum 22. Juni 1941)

Deshalb begrüßt der Runde Tisch den Härtefallfonds, sieht aber darin nur Lösungen anderer Fragen und verstärkt seine seit 2019 bestehende Forderung nach einem Gerechtigkeitsfonds für alle rentenrechtlich Benachteiligten des Einigungsprozesses. Dietmar versprach, uns auf dem Laufenden zu halten und aktiv immer einzubeziehen.

Der TIG-Vorsitzende aus Gera eröffnete die Diskussion. Er begründete leidenschaftlich, weshalb unser Wirken gebraucht wird. Zum Abschluss sprach der Landesbeauftragte Horst Eismann stellvertretend für den TIG-Vorsitzenden von Dresden und fasste viele diskutierte Themen zusammen.

Nach der ordnungsgemäßen Entlastung fand die geheime Wahl des neuen Vorstandes und der Revisionskommission statt.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder sowie Mitglieder der Revisionskommission kandidierten erneut. Lothar Schlüter und Bernd Lindner zusätzlich für den neuen Vorstand. Lothar und Bernd hatten sich und ihre Arbeit bei der Diskussion den Delegierten vorgestellt.

Der neue Vorstand sowie die neue (alte) Revisionskommission wurden gewählt (bei zwei ungültigen Stimmen). Horst Parton dankte für die Wahl des neuen Vorstandes und gab erste Gedanken zur kommenden Arbeit bekannt.

*

Entschließung der 8. Ordentlichen Vertreterversammlung

am 15. Juni 2022 in Berlin

ISOR hat sich seit ihrer Vertreterversammlung vom 15. Juni 2017 weiter aktiv mit politischen und rechtlichen Mitteln in die Gesellschaft eingebracht und sich im Kampf gegen Sozialabbau und soziale Benachteiligungen weiter profiliert. Sie arbeitet mit anderen Organisationen und Kräften insbesondere im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden zusammen und leistet ihren Beitrag in der Friedensbewegung. ISOR wird sich auch künftig aktiv am Kampf und die Sicherung des Friedens beteiligen. Durch abweisende höchstgerichtliche Entscheidungen wurde die Fortdauer des Rentenstrafrechts weiter in die Verantwortung der Legislative geschoben und die Problemlösung auf den politischen Kampf verwiesen. Wir halten diese Entscheidung für nicht hinnehmbar und werden unsere Forderungen weiter vorbringen, da sie nicht geeignet sind, Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu begründen. Nach Sachlage wird damit vorgegeben, dass Gründungsziel, Zweck von ISOR bisher nicht erreicht sind und der politische Kampf gegen das Rentenstrafrecht und die damit verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR weitergeführt werden muss. Protest und Widerstand der Zivilgesellschaft sind folglich auch künftig angesagt und erfordern den organisierten Zusammenschluss der Betroffenen. Die Vertreterversammlung dankt allen Mitgliedern und Unterstützern unseres bisherigen Kampfes für die geleistete Arbeit, den Vorständen und Mitgliedern anderer Verbände und Zusammenschlüsse - insbesondere des Ostdeutschen Kuratoriums und einzelnen Vertretern und Mitarbeitern verschiedener Parteien für ihre fortdauernde Ermutigung, Ratgebung und Solidarität.

Die Vertreterversammlung hat den Bericht des Vorstands und die bisherigen Ergebnisse zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt. Sie hat zugleich Arbeitsrichtungen und Aufgaben festgelegt, wie der Kampf unserer Organisation weitergeführt werden soll. In ihnen wurden insbesondere an die umfangreichen Diskussionen in unseren Basisorganisationen und eine Vielzahl von Stellungnahmen und Positionierungen von Mitgliedern in Vorbereitung der Konferenz berücksichtigt. Sie sind in die neu zu erarbeitende Führungskonzeption des neu gewählten Vorstandes aufzunehmen und weiter zu konkretisieren. Die Grundrichtung der Arbeit für die kommenden Jahre wird wie folgt bestimmt:

1. Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht bleibt weiter Kernstück der satzungsgemäßen Arbeit, verlagert sich weiter auf den politischen Bereich und

orientiert auf gemeinsame und abgestimmte Aktivitäten mit anderen Verbänden, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen. Bestehende Kontakte zu analogen und ähnlichen Organisationen sind weiterzuentwickeln, zu pflegen und zu verfestigen. Geprüft und erreicht werden sollen gemeinsame Arbeiten der Zivilgesellschaft, insbesondere durch außerparlamentarische Aktivitäten: Beschwerden gegenüber dem Ausschuss für Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen im Rahmen der periodischen Berichterstattungen nach Artikel 16 und 17 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK- Pakt) sind erneut zu prüfen und vorzubereiten. Weitere Aktivitäten zur innerstaatlichen Beförderung der Durchsetzung sozialer Rechte (z.B. Wahlprüfsteine, konkrete Forderungen in Wahlkämpfen auf Bundes- und Länderebenen) sind situativ zu nutzen.

2. ISOR ist trotz hoher Altersstrukturen und gesundheitlicher Probleme vieler Mitglieder eine mitgliedsstarke Organisation und soll es bleiben, selbst wenn ein wachsender Teil von ihnen sich aus Alters- und Gesundheitsgründen zurückhaltender verhalten muss. Umso mehr ist erforderlich, die gegenseitige Hilfe und Solidarität untereinander zu pflegen und zu entwickeln. Der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung kommt ein zunehmender Stellenwert als Organisationsaufgabe zu.

3. Zugleich ist unsere Organisation selbst weiter zu festigen und muss den Entwicklungen Rechnung tragen. Unsere Satzung hat sich bewährt. Die politische Führungskonzeption ist den Entwicklungen entsprechend anzupassen und zu überarbeiten, insbesondere einzustellen auf die wachsende Anzahl von Einzelmitgliedschaften und deren Betreuung. Die Vertreterversammlung orientiert erneut darauf, Strukturen, Gliederungen und Informationswege zu überprüfen und effektiv zu gestalten. Betreuungen, gegenseitige Hilfe, Problemlösungen und auf Wunsch Hilfe in komplizierten persönlichen Situationen nehmen zu (Beistand und Hilfe in Fragen von Mieten, Vorsorge, Sicherung von Eigentumsrechten u.ä., soweit das rechtsförmig nicht an Grenzen stößt oder beschränkt ist).

Der Vorstand wird beauftragt, die Kooperation mit anderen demokratischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten weiter zu befördern und zu festigen, die aktiv für den Frieden eintreten, sich auf sozial-politischen Gebieten engagieren und ihrerseits Verbindungen zu uns suchen.

*

Runder Tisch der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR

**Appell an die deutsche Bundesregierung und die Regierungschefs und -Chefinnen der Ost-Bundesländer
Verhindern Sie die „biologische Lösung“ bei den DDR- Berufs- und Personengruppen ! Setzen Sie sich für die
Schaffung des Gerechtigkeitsfonds für diese Gruppen ein !**

Derzeit wird zwischen Bund und Ländern über den auch im Koalitionsvertrag von 2021 vereinbarten „Härtefallfonds“ mit Orientierung an der Grundsicherung verhandelt. Es müsste dabei eigentlich allen Verhandlungspartnern klar sein, dass damit fast alle Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen von diesem Fonds ausgeschlossen bleiben und lediglich die jüdischen Kontingentflüchtlinge und die Spätaussiedler aus den früheren GUS-Staaten daraus profitieren würden. Die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen würden

weiter als Bürger 2. Klasse behandelt werden. Obwohl von verantwortlichen Bundes- und Landespolitikern, so auch vom Bundeskanzler, immer wieder und auch vor den letzten Wahlen erklärt wurde, endlich auch die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen zu wollen, sollen nun die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen praktisch ausgeschlossen bleiben. Offensichtlich findet der allen an den Gesprächen Beteiligten zugesandte Kompromissvorschlag des Runden Tisches für einen „Gerechtigkeitsfonds“, der auch vom Land

Sachsen-Anhalt gefordert wird, wohl aus finanziellen Gründen keine Zustimmung des verantwortlichen Bundesministeriums und anderer Ost Bundesländer. Das BMAS empfiehlt offenbar den Ländern: „Nehmen sie lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“, nämlich den „Härtefallfonds“, weil der Bund seiner eigenen Verantwortung zur Finanzierung des Gerechtigkeitsfonds nicht nachkommen will und die Länder ohnehin nur eine kleine Lösung, den „Härtefallfonds“ mitfinanzieren könnten.

*

Rede von Anja Mewes, Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft e.V. Berlin auf der Gedenkveranstaltung der Friko am 22. Juni im Treptower Park

„22. Juni 1941 – Wir vergessen nicht!“

Liebe Friedensfreunde,

heute ist der 22.06.2022, vor 81 Jahren marschierte die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion ein. Es begann ein beispielloser Vernichtungsfeldzug mit einer nie dagewesenen Brutalität und Grausamkeit gegen die Sowjetunion.

Am Ende waren es 27 Millionen. Tote, die die Völker der Sowjetunion zu beklagen hatten, die getötet, ermordet, erschlagen und verhungern gelassen und durch Zwangsarbeit zu Tode gebracht wurden.

Kein Land der Welt hatte mehr Opfer in diesem Krieg zu beklagen als die Sowjetunion. Bis heute sind jene Wunden dieses barbarischen Krieges nicht verheilt.

Jenseits aller ideologischen Barrieren sollten wir diese Fakten nicht aus unserem Gedächtnis streichen lassen!

Es ist vor allem aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Welt, die Gefahr eines dritten Weltkrieges, die Gefahr eines Atomkrieges, gegen die wir heute im Gedenken an die Opfer des Faschismus alle Kräfte mobilisieren müssen.

Noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Dritter Weltkrieg so nah. Und deshalb: Es gibt nur einen Weg zum Frieden: Friedenslogik statt Kriegsrhetorik, die die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock benutzt, indem sie äußert: Man müsse Russland ruinieren durch endlose Wirtschaftssanktionen und sie warnt vor Kriegsmüdigkeit im erhofften Endkampf gegen Russland.

Es macht mir Angst, wenn der SPD-Chef Lars Klingbeil erst kürzlich in einem Kommentar äußerte, dass Friedenspolitik auch bedeute: „militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik“ zu sehen, auch wenn sie das äußerste Mittel bleiben müsse“ und er forderte in diesem Zusammenhang eine „völlig andere“ sicherheitspolitische Debatte in Deutschland.

Ich frage Herrn Klingbeil: „Haben wir denn keine Lehren aus dem Ergebnis des Zweiten Weltkrieges gezogen?“

Der Ukraine-Krieg hat eine wahnsinnige Flut von einseitigen Kommentaren in der medialen Berichterstattung ausgelöst. Sie haben nicht einmal den Anschein eines Versuchs unternehmen, die russische Perspektive darzustellen, Ursachen und Hintergründe dieses schon viele Jahre vor dem 24.02.2022 bestehenden Konflikts zu erklären.

Und das Verlogene an der medialen Berichterstattung ist, dass sie als den einzig möglichen



Weg der Konfliktlösung weitere Waffenlieferungen in die Ukraine, und weitere verschärfte Sanktionen gegen Russland kommunizieren.

Aber nur wenn es gelingt, auf diplomatischem Weg und unter Beachtung der Sicherheitsinteressen Russlands, wird eine Chance bestehen, diesen Krieg zu beenden.

Die Bundesregierung, die NATO unter Federführung der USA und die EU haben mit ihrer sogenannten Zeitenwende nicht nur eine neue Politik der Hochrüstung eingeläutet. Sie wollen jegliche Ansätze von Entspannungspolitik und Friedensdiplomatie diskreditieren und entsorgen.

Ich wünschte mir, dass jene Entscheidungsträger sich die Rede von Frank Walter Steinmeier aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion noch einmal anhören: Er sagte u.a.:

„Aus dem Geschenk der Versöhnung erwächst für Deutschland große Verantwortung. Wir wollen und wir müssen alles tun, um Völkerrecht und territoriale Integrität auf diesem Kontinent zu schützen und für den Frieden mit und zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu arbeiten.“

Das Agieren dieser Entscheidungsträger zeigt uns aber in der Realität etwas anderes.

Die NATO benutzt diesen Krieg zwischen Russland und der Ukraine vor allem, um ihre eigenen geopolitischen Interessen auf Kosten anderer Länder durchzusetzen. Indem sie der Ukraine Waffen liefern, werden die NATO Mit-

glieder, die EU und damit auch die Bundesregierung zur Kriegspartei.

Der Ampelregierung ist es nicht schwer gefallen, im Schnelldurchlauf 100 Milliarden Euro Kriegskredite durch das Parlament zu peitschen, aber auf der anderen Seite fehlen Gelder im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich, werden Krankenhäuser geschlossen, fehlt es an Pflegepersonal, müssen wir jetzt den Gürtel enger schnallen, weil die Sanktionspolitik gegen Russland fatale Auswirkungen auch auf unsere Menschen haben wird und schon hat. Erhöhte Lebensmittelpreise, höhere Stromrechnungen sind nur einige wenige Beispiele.

In enger Verknüpfung mit der medialen, über die öffentlichen Sender flimmernden Kriegspropaganda werden wir kriegstauglich statt friedensfähig gemacht.

Wie sagt ein Spruch: „Nicht erst im Krieg, schon im Vorkrieg stirbt zuerst die Wahrheit!“

Der 22.06.1941 darf für uns nicht nur Anlass des historischen Gedenkens sein, sondern eben auch Verpflichtung für die Gegenwart, für den Kampf gegen die Hochrüstungspläne Deutschlands, der EU und der NATO, gegen die Einkreisung Russlands, im Kampf für Deeskalation und Frieden.

Wir brauchen eine gemeinsame Umwelt-Klima- und Friedensbewegung, die gegen alle Kriege und den Militarismus weltweit aktiv ist.

Wir müssen wachsam sein und die Menschen wachrütteln, denn die USA und ihre Vasallen werden nicht nachlassen, eine neue Spirale der

Eskalation in Gang zu setzen. Die Blockade der Eisenbahnlinie zwischen Russland und Kaliningrad durch Litauen, ist ein weiteres ernstzunehmendes Signal. Das Ziel besteht darin, Russland zu einer Verteidigung Kaliningrads zu zwingen. Eine Provokation durch Litauen und Polen mit einer entsprechenden russischen Antwort würde die gesamte NATO in den Konflikt ziehen, eingeschlossen die USA.

Seit 2014 reiht sich eine Provokation an die andere als Teil USA- gesteuerten Strategie, um Russland mit allen Mitteln zum Eingreifen zu zwingen. Das Endergebnis könnte eine nukleare Eskalation sein, in der es schließlich keine Sieger mehr geben würde. Diese Szenarien liebe Friedensfreunde machen mir einfach Angst.

Und es macht mich ohnmächtig, dass wir in diesem perversen Spiel Marionetten sind, wie die Hamster im Laufrad rennen, und diese Spirale womöglich nicht aufhalten werden, wenn es nicht endlich Politiker gibt, die diese gewollten Szenarien erkennen und aufhalten!

Auch deshalb müssen wir mehr Menschen auf die Straße bringen. Petitionen, Briefe an die Regierung und Abgeordnete sind das eine, aber viel wichtiger ist, dass wir auf der Straße wahrgenommen werden und Gesicht zeigen und aufklären, was hier gespielt wird!

Ich bin davon überzeugt, dass wir nur die Chance haben einen Dritten Weltkrieg zu verhindern, wenn wir in unserem gemeinsamen politischen Kampf all jene um uns scharen, die ebenfalls für eine friedliche Welt eintreten wollen.

Dabei ist es notwendiger denn je, dass wir in diesem Zusammengehen den kleinsten gemeinsamen Nenner finden. Denn der Krieg und der Einsatz von Atombomben fragen nicht nach Parteizugehörigkeit, politischer Herkunft, Hautfarbe und Religion. Sie vernichten uns alle!

Liebe Friedensfreunde,

«Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!» heißt besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen: Frieden mit Russland – Atomwaffen und US-Truppen raus aus Deutschland – Büchel

dichtmachen – Deutschland raus aus der NATO!

Das wäre zumindest eine wegweisende Chance, um eine US-Regierung unter Joe Biden daran zu hindern, die Eskalationsspirale weiter voranzutreiben und die Menschheit vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

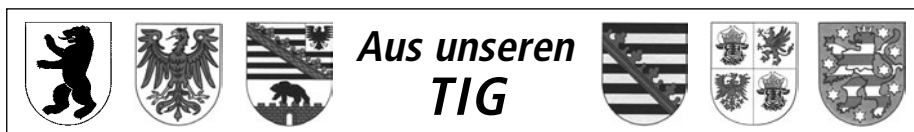
Liebe Friedensfreunde,

Ich verneige mich am heutigen Tag in tiefer Demut vor allen Opfern der ehemaligen Sowjetunion.

Abschließen möchte ich mit einem Gedanken von Eugen Drewermann, der erst kürzlich auf der Friedenskonferenz am 21.5.2022: „Ohne Nato leben – Ideen zum Frieden“ gesprochen hat. Ich denke, er hat es auf den Punkt gebracht, als er betonte:

„Wir sollten im Interesse des Friedens gemeinsam alles Trennende beiseitelassen. Nur der Friede ist wichtig und wahrscheinlich heute die letzte Chance.“

*



Genossinnen und Genossen,

als Vertreter der TIG Schwerin habe ich am 15.6. an unserer Versammlung in Berlin teilgenommen und dabei leider zwiespältige Erfahrungen machen müssen.

Wir sind in Schwerin noch 123 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 80 Jahren, unterliegen also auch allen damit im Zusammenhang stehenden Beeinträchtigungen, wie sie im Beitrag meines Kollegen aus Strausberg klar und deutlich genannt wurden.

Neben realistischen Positionen im Rechenschaftsbericht war leider ein großer Teil der Diskussionsbeiträge mit viel revolutionärer Phraseologie ausgestattet und zeugt von einem nicht nachvollziehbaren Realitätsverlust bei der Situationseinschätzung in unseren TIG. Da hat der Kollege aus Strausberg doch recht, wenn er feststellt, dass sich die Mehrheit der Vereinsmitglieder nicht oder nur noch rudimentär für den politischen Kampf von ISOR interessiert. Das sind keine Behauptungen, sondern auf Erfahrungen beruhende Erkenntnisse. Wie ist es sonst erklärbar, dass bei von nahezu allen Diskussionsrednern genannten vereinsübergreifenden Aktivitäten (Veranstaltungen „Rotfuchs“, Ostermärsche, Gedenkveranstaltungen u.a.) jegliche Angaben zu den Teilnehmerzahlen von ISOR peinlichst vermieden wurden. Wir in Schwerin haben es gerade geschafft, bei Veranstaltungen vom „Rotfuchs“ drei bis fünf, bei den Gedenkfeiern, Kranzniederlegungen

u. ä. zwei bis vier und bei den Ostermärschen der vergangenen zwei Jahre jeweils Liebe 10 bis 12 ISOR Mitglieder zu aktivieren. Aus unserer Sicht ist das zwar nicht schlecht, aber voll zufrieden sind wir damit nicht. Es wäre deshalb hilfreich gewesen, aus anderen TIG zu hören, wie hoch deren Aktivierungspotential gewesen ist und wodurch es erreicht wurde. Insgesamt ist feststellbar, dass mit allein politisch dominierten Veranstaltungen die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder nicht mehr zu aktivieren oder zur Teilnahme zu bewegen ist.

Im Gegensatz dazu stehen unsere Bemühungen zum Erhalt der Verbundenheit und Kontakte unter unseren Mitgliedern. Allein zu unseren Sommerfesten 2021 und 2022 konnten wir jeweils ca 60 und zur Frauentags Veranstaltung über 30 unserer Mitglieder begrüßen. Mit Bratwurst, Steak und Bier ist uns natürlich im Grundanliegen unserer Vereinsarbeit nicht viel gedient.

Glücklicherweise verfügen wir in unserer TIG mit Manfred Jonischkies und Karl Bachmann über rhetorisch talentierte Vorstandsmitglieder, die mit kurzen, prägnanten Redebeiträgen von maximal 10 bis 12 minütiger Dauer die Anliegen unserer Vereinspolitik, aktuelle Ereignisse und Fragen unseren Mitgliedern während dieser Veranstaltung nahebringen. Dass diese Form der Vereinsarbeit effektiv ist, beweist die Tatsache, dass wir bereits jetzt aufgefordert wurden, im nächsten Jahr diese

Veranstaltungen unbedingt fortzusetzen. Zur wichtigen Rolle von **ISOR aktuell** muss man keine großen Worte verlieren. Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und viel Kraft und Ideenreichtum für die Perspektive. Seit Jahren haben wir nun versucht, dieses Arbeitsmittel für uns in der TIG noch besser zu nutzen. Alle drei Monate wird durch den Vorstand der TIG unter Federführung von Karl Bachmann ein Informationsblatt erarbeitet. Dieses drei bis vier Seiten umfassende Mitteilungsblatt erfreut sich zunehmender Beliebtheit, enthält es doch, den „Lokalteil“ von **ISOR aktuell** mit Beiträgen und Kommentaren zur Gesamtarbeit von ISOR, zu aktuellen Geschehnissen in der TIG, wichtigen Veranstaltungen im Territorium, zu Jubiläen, wichtigen Terminen und leider auch zu den nicht weniger werdenden Todesfällen aus dem Kreis unserer Mitglieder.

Insgesamt sind wir mit der Entscheidung der Vertreterversammlung zur Fortführung unserer Vereinsarbeit sehr einverstanden. Wir bitten jedoch den Vorstand um eine ständige reale Situationseinschätzung, da uns Illusionen über vermeintlich noch vorhandene politische Kampfkraft, körperliche und geistige Leistungsfähigkeit in keiner Weise helfen.

Joachim Claussner

*

Mein Standpunkt zur Straffrente

(Diskussionsbeitrag)

Mit dem Anschluss der DDR an die BRD am 03. Oktober 1990 gem. Art. 23 GG (alt) erfolgte der Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, welches nach der Präambel für das gesamte deutsche Volk gilt. Damit gelten alle Gesetze der

BRD für das Beitrittsgebiet und alle beigetretenen Bürger.

Entsprechend dem Artikel 8 des Einigungsvertrages (Überleitung von Bundesrecht) vom 31.8.1990 verloren alle Gesetze der DDR, auch die von der letzten Volkskammer beschlossenen, einschließlich des Gesetzes über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit vom 15.6.1990, mit dem Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 ihre Rechtswirkung.

(...)

Im Grundgesetz sind die „Einigungsbedingten Abweichungen“ im Artikel 143 geregelt und waren bis zum 31. Dezember 1992 bzw. bis zum 31. Dezember 1995 befristet. (GG vom 29.09.2020 BGBl. I S. 2048)

Eine rentenrechtliche Nichtanerkennung von Beitragsleistungen in Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR ist weder im Einigungsvertrag noch im Grundgesetz vereinbart, wird aber gesetzwidrig praktiziert.

Auch meine geleisteten Beiträge wurden in die Rentenversicherung der BRD überführt.

Die rentenrechtliche Begrenzung der Beitragsleistungen auf 1 Entgeltpunkt pro Jahr ist Betrug an den Beitragszahlern und steht im Widerspruch zum Grundgesetz und zum Einigungsvertrag sowie zum Strafgesetzbuch. Ein nicht zu erbringender individueller Schuldnachweis wird durch eine Kollektivschuld ersetzt.

Im Gegensatz dazu erhält ein zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilter Mörder, der nach 15 Jahren aus der Haft entlassen wird, mit Renteneintritt seine ungekürzte Rente, denn ein Rentenanspruch wird auch durch eine Straftat nicht verwirkt.

Dem steht entgegen, dass ich nach mehr als 30 Jahren, ohne Nachweis individueller Schuld, mit einer Rentenkürzung als Kollektivschuld bestraft bin.

(...)

Die Wertneutralität des Rentenrechts wurde jedoch in den Jahren von 1933 bis 1945 und wird, im Widerspruch zum Grundgesetz und zum Einigungsvertrag, auch gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern unterschiedlicher Berufsgruppen missachtet.

(...)

Erinnert sei auch an das Memorandum der

Bundesregierung vom 2. September 1956 „Zur Frage der deutschen Einheit“, das von den Botschaftern der Bundesrepublik am 7. September 1956 den Regierungen in Moskau, Washington, Paris und London übergeben wurde.

Darin heißt es:

„Die Bundesrepublik ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien.“

Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen.

Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur, weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Ein juristischer Grundsatz ist unstrittig. Eine Tat muss zur Zeit der Tat am Ort der Tat strafbar gewesen sein, sonst kann man nicht bestrafen.

Ein weiterer juristischer Grundsatz ist das Rückwirkungsverbot. Jeder soll generell darauf vertrauen können, dass sein aktuell rechtmäßiges Handeln unter anderen politischen Umständen ihm nicht nachteilig ausgelegt werden kann. Das nennt man Rechtssicherheit.

Diesen Grundsätzen folgte am 15.5.1995 der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts und stellte ein verfassungsrechtliches Verfolgungshindernis fest. Es erklärte:

„Die Angehörigen der Geheimdienste der DDR hatten – wie die Geheimdienste aller Staaten der Welt – eine nach dem Recht ihres Staates erlaubte und von ihm sogar verlangte Tätigkeit ausgeübt.“

Daraufhin hat der Generalbundesanwalt die Klage gegen Werner Großmann, Generaloberst a.D. im MfS, zurückgenommen und das Verfahren eingestellt. Nachfolgend wurden alle Klagen gegen ehemalige Angehörige der Geheimdienste der DDR eingestellt bzw. zurückgenommen.

(...)

Im Übrigen erklärt das Bundesverfassungsgericht im o.g. Nichtannahmebeschluss unter Randnote 31:

„So besteht die Pflicht des Gesetzgebers, eine Norm, die bislang als verfassungsgemäß angesehen worden sei, nachzubessern, wenn sich die maßgeblichen Verhältnisse geändert oder sich die früher zugrunde gelegten Tatsachen im Nachhinein als unrichtig erwiesen hätten. Dies müsse auch eine erneute verfassungsrechtliche Prüfung ermöglichen.“

Die abschließende Aussage des Bundesverfassungsgericht unter Randnote 77 „Diese Entscheidung ist unanfechtbar.“ schließt auch die Aussage unter Randnote 31 ein!

Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Richter am Bundesverfassungsgericht, gehörte bis zu seinem Tod 2019 zu den bekanntesten deutschen Juristen.

Er schrieb anlässlich des 25. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD am 13.5.2015 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

„Die globale Kennzeichnung der DDR als Unrechtsstaat ist nicht nur falsch, sie kränkt auch die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR.“

Und ich fühle mich nicht nur gekränkt, sondern auch diskriminiert.

Der Artikel 3 des Grundgesetzes gilt für alle Bürger der Bundesrepublik, auch für mich.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Ich möchte nichts geschenkt haben, aber ich erhebe Anspruch auf mein Eigentum.

Denn auch meine in der DDR erworbenen und im Einigungsvertrag nach dessen Maßgaben als Rechtsposition der gesamtdeutschen Rechtsordnung anerkannten Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen genießen den Schutz des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz (Eigentumsgarantie).

Hans-Jürgen Schwart

(red. gekürzt)

*

Hinweis der Arbeitsgruppe Recht

Einige Mitglieder von ISOR e.V. informierten uns über Briefe der Deutschen Rentenversicherung zur Neuberechnung ihrer Altersrente. Dabei handelt es sich nur um die Anspruchsberechtigten des Sonderversorgungssystems Deutsche Volkspolizei, Feuerwehr und Strafvollzug, die durch umfangreiche politische und juristische Auseinandersetzung mit den zuständigen Sonderversorgungsträgern erreicht haben, dass in den

Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt das Verpflegungs- und Bekleidungsgeld als Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung anerkannt wurde. Die diesbezüglichen Urteile der Landessozialgerichte waren für die Rentenstellen bei den Innenministerien der Länder und dem Senat von Berlin die Rechtsgrundlage für die Ausfertigung neuer Entgeltbescheide und die Deutsche Renten-

versicherung nahm die Neuberechnung der Renten vor, die zu höheren Rentenzahlungen führten.

Das Bundessozialgericht in Kassel lehnte jedoch mit den Urteilen vom 09.12.2020 die Berücksichtigung des gezahlten Verpflegungs- und Bekleidungs geldes als Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch schon viele Anspruchsberechtigte einen neuen Rentenbescheid mit der Berechnung des Arbeitsentgeltes einschließlich des Verpflegungs- und Bekleidungs geldes. Diese Entgelt- und Rentenbescheide galten nach der Entscheidung des Bundessozialgerich tes als rechtswidrig begünstigte Verwaltungsentscheidung. Die Ren tenversicherung zahlte die monatlichen Beträge in der bisherigen Höhe weiter.

Mit der Rentenerhöhung zum 01.07.2022 bezog sich in einigen Fällen die Deutsche Rentenversicherung auf die rechtswidrigen begünstigten

Bescheide und will mit den künftigen Rentenerhöhungen die mit der Be rücksichtigung des Verpflegungs- und Bekleidungs geldes eingetretenen erhöhten Renten für die Zukunft reduzieren.

Eine Rückzahlung der bisher gezahlten Beträge einschließlich der da mals festgestellten Nachzahlungen kann die Deutsche Rentenversiche rung nach dem Sozialgesetzbuch Zehn (SGB X) §§ 45 ff nicht durchsetzen.

Mit dem Hinweis auf § 48 des SGB X zur höchstrichterlichen Ent scheidung des Bundessozialgerichtes wollen die Sondersversorgungsträ ger und die Deutsche Rentenversicherung die Rentenbescheide ändern und die Ansprüche ohne die Berücksichtigung des Verpflegungs- und Be kleidungs geldes für die Zukunft ändern. Dies ist leider rechtlich möglich. Gegen solche neuen Bescheide ist der Widerspruch möglich, die dann folgenden Klagen vor den Sozialgerichten sind nicht erfolgversprechend.

*

Aus der Postmappe

Vor 20 Jahren wurde der Nato-Russland Rat gebildet

Die Bildung des Nato-Russland Rates zeugte von den Bemühungen Russlands sich aktiv für ein friedliches sowie stabiles Europa bei Wahrungen seiner Interessen einzusetzen. Die bei der Gründung des Rates seitens des Wes tens gehaltenen Reden und veröffentlichten Fotos lachender Politiker waren von Anbeginn durch Lug und Trug vergiftet. Die westlichen Vertragspartner handelten nach dem Motto: Wenn du deinen Feind nicht besiegen kannst, dann umarme ihn». Die USA haben Abrüs tungsverträge gekündigt, die Nato bis an die Grenzen Russlands erweitert und Stützpunkte errichtet sowie die zerstörerische Embargo politik vorangetrieben. Die Bundesregierung sowie die westeuropäischen Staaten machen sich zu Erfüllungsgehilfen der US-Außenpolitik. Bereits 1997 beschrieb Zbigniew Brezisinski unter der Überschrift Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft nach einem globalen Überblick Westeuropa als Protektorat seines Landes. Westliche Politiker üben tagtäglich ihren Kotau gegenüber dem Protektoratspräsidenten. Auch im Ukraine konflikt spielen die USA mit gezinkten Karten und der Westen mischt eifrig mit. Es sei nur auf die aktive Verhinderung der Umsetzung des Minsker Abkommens verwiesen und an die US-Biolabors erinnert. Das Schiller-Institut veran staltete am 26. Mai eine Online-Konferenz mit dem Titel «Amerikanische und europäische Militär- und Sicherheitsexperten warnen: Irrsinn der Politiker droht einen Atomkrieg auszulösen». Es gab einen Bericht von Oberst a. D. Richard H. Black über die Ereignisse seit dem «revolutionären Putsch» von 2014, der vom MI6 und der CIA in der Ukraine gegen Rus sland durchgeführt worden sei. Black erklärte,

Russland habe stets einen dauerhaften Frieden mit dem Westen gesucht, was jedoch seitens der USA und der NATO nicht gewollt sei. Der Westen hat den Hass auf die Russen angeheizt und dafür gesorgt, dass die faschistische «re volutionäre Junta» in Kiew gestärkt wurde und die Region im Donbass unter Beschuss geriet, wodurch innerhalb von acht Jahre über 14.000 Menschen umkamen.

Raimon Brete, Chemnitz

*

Liebe Freunde und Genossen, ein Bravo für Frau Kilinc für ihre Aussagen, sehe ich doch darin die gesamte objektive Wahrheit in der Ukraine Geschichte : Hier ist alles gesagt, wird aber von der Mehrheit deutscher und internationaler Poli tiker verschwiegen. Das Dilemma besteht nur darin, dass es keine Kraft gibt, die das unter die Menschen bringt.

Weil die Linke als frühere Volkspartei jäm merlich zerstritten und aus mehreren Landesparlamenten geflogen ist, hat sie gegenwärtig keinen Einfluss mehr.

Ich hoffe nur, dass der bevorstehende Par teitag die Wende bringt, haben wir doch solche hervorragende Personen wie G. Gysi, S. Wa genknecht und Andere. Diese u. A. Könnten das ganze Geschrei rund um die Ukraine zerstreuen.

Ich selbst beschäftige mich mit der Ent wicklung der Arbeiterbewegung von Beginn an unter dem Gesichtspunkt der jetzigen Lage und werde einen Beitrag übermitteln.

Mit besten Grüßen

Siegfried Mikut

*

Meinung zu „ISOR aktuell 05/2022, S. 3 Bruno Mahlow

Wenn Genosse Mahlow meint, dass ihm kein „Antifaschismus verordnet“ zu werden brauchte, dann gebe ich ihm natürlich recht.

Vergessen dürfen wir aber nicht, dass es in der DDR z.B. eine Vielzahl Briefmarken mit anti faschistischem Inhalt gab, deren Herausgabe

von den zuständigen Organen verordnet wur den. Die SMAD gab z.B. den Befehl Nr. 201 im August 1947 über die Entnazifizierung heraus, der meines Erachtens kein verordneter, aber dafür zum befohlenen Antifaschismus gehörte.

In meinem Buch „Befohlene Entnazifizie rung oder ‚verordneter‘ Antifaschismus in Deutschland 1945 bis 1948? Eine Quellenedi tion“ (BoD 2014, ISBN 978-3-7357-2694-0) bin ich auf zahlreiche Probleme eingegangen.

Dr. jur. Klaus Emmerich

*

Linguistische Turnstunde: Im Potsdamer Ver tragswerk vom 2. August 1945 und dort Ab schnitt III, die Politischen Grundsätze Deutsch land betreffend, ist u. a. formuliert, dass die Nationalsozialistische Partei mit ihren ange schlossenen Gliederungen und Unterorgani sationen zu vernichten (ist) und „jeder nazis tischen und militaristischen Betätigung und Propaganda vorzubeugen (ist)“ (III) (S. 87). Es ist ein Glück und eine Ehrenrettung für ganz Deutschland, dass diese und andere Grundsät ze im Osten des Landes verordnet/befohlen und durchgesetzt wurden. Im Abschnitt (II) heißt es einleitend dazu: „Das deutsche Volk muss über zeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unver meidlich gemacht haben.

Zum Glück blieb der befohlene/verordnete Antifaschismus, der übrigens im Potsdamer Abkommen noch gar nicht auftaucht, nicht auf die Edition einer Briefmarke beschränkt. (Quel le: Das Potsdamer Abkommen und andere Do kumente. Hrsgb. Prof Dr. Karl Bittel, Kongress Verlag Berlin, 9. Auflage 1961)

Wolfgang Kroschel

*

Zwischenruf

In einer Diskussionsrunde war mal solch ein Zwischenruf zu hören: „Es gibt DEINE Wahrheit, es gibt MEINE Wahrheit und es gibt DIE Wahrheit“.

Vielleicht steckt auch ein philosophischer Kopf dahinter, aber seine Anwendung drängt sich genauso auf brennend aktuelle Ereignisse wie eine „militärische Spezialoperation“ oder einen „Krieg“ in einem blau-gelb beflaggten Land auf.

Doch unser Land wäre nicht eines der „Dichter und Denker“, wenn wir nicht GeBILDete Hirten (auch als Pastoren bekannt) hätten, die ihre Schäfchen geschickt durch den irdenen Wahrheitsdschungel führten. Und das geht so:

Vehement vertrete man das Motto der in der DDR verbreiteten kirchlichen Forderung „Schwerter zu Pflugscharen“. Das war die Zeit der mannigfaltigen „Friedensbewegungen“, die so taten, als sei die DDR ein kriegerisches Land, das seine Soldaten in alle denkbaren Auslandseinsätze schicke.

Dann kam eine neue Zeit, genauer: eine Zeit neuer Herren, und der Hirte ward zum Präsidialhirten erkoren. Davor hatte er seine ostdeutschen Schäfchen in schwarze und weiße eingeteilt und erstere in die ewige Verdammnis mit der Aussicht auf lebenslange Straffrente geschickt. Die Wahrheit kennt kein Erbarmen. Und ein Hirte ist der oberste Herrscher über sie. Und so wurde mit dem Schwert, das man noch nicht umgeschmiedet hatte, SEINE Wahrheit im Lande durchgesetzt

Höchstselbst hat er sich, um sein BILD zu pflegen, dortselbst bereits Anfang Juni für ein „Frieren für die Freiheit“ entschieden und es gibt keine Zweifel, dass er für seine Schafe ein Vorbild abgeben möchte. Das Vorbild mit den Schwertern und den Pflugscharen legte er „aus taktischen Gründen“ ab und so ward Platz für die neue Wahrheit, in der er nunmehr das Gegenteil vertrat.

Doch das Soziale behält er im Blick. Wenn er für die Freiheit allzu sehr frieren sollte, kauft er sich eben noch einen Pullover (vielleicht in dem Geschäft, in dem auch der Sozi Sarrazin aus und einging?). „Nicht in Panik geraten bei einer eventuell (!) drohenden Wohlstandsdelle“, rät er der auf üppigen Wiesen grasenden Schafherde. Der monatliche Blick auf seinen Kontoauszug verrät, dass zur Panik kein Grund besteht: die 220.000 Euronen sind wohlbehalten aufgebucht. Da kann man auch beim Frieren für die Freiheit seinen Frieden finden. **w.k.**

Lesenswert

Thomas Röper

Die Ukraine Krise – 2014 bis zur Eskalation

ISBN 978-3-941956-78-0

Preis: 23,95, Neuauflage erscheint am 27.07.2022, J.K. Fischer Verlag

Es liegt hier ein Buch vor, das mit der Ent-

wicklung der Lage in der Ukraine über einen längeren Zeitraum gewachsen ist.

Der deutsche Autor, der schon viele Jahre in Russland lebt und russisch perfekt beherrscht, hat viele, auch gegensätzliche Darstellungen aufgearbeitet, und führt den Leser durch ein sehr komplexes und kompliziertes Thema, fernab jeder geifernden Darstellung, wie sie uns hier täglich gegenüber tritt. Röper stellt die Ereignisse des Maidan und seine Folgen für die Ukraine detailliert da. Er entlarvt die Verlogenheit westlicher Berichterstattung und

gibt dem Leser die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild aufgrund des umfangreichen Quellenmaterials zu machen. Der MH17-Abschuss wird ebenso untersucht wie die Minsker Abkommen, die Antimaidanbewegung und der von Kiew geführte Bürgerkrieg gegen den Osten des Landes und gegen alles Russische. Ein spannendes Sach- und Geschichtsbuch, das einen fundierten und detaillierten Blick auf die Ereignisse ermöglicht.

U. Th.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.06.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.07.2022

Einstellung im Internet: 05.08.2022

Auslieferung: 10.08.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELA2333

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16